

## Protokoll:

- Seitens des Ausschusses wird über die Ladeinfrastruktur für E-Bikes beraten (Seite 56). Aktuell gebe es nur 2 Ladestationen (Historisches Rathaus und Vorfeld Feste Ehrenbreitstein). Dies müsse im Vorgriff auf die BUGA 2029 an das touristische Aufkommen angepasst werden.

Oberbürgermeister Langner berichtet, die Verwaltung habe sich ebenfalls mit dieser Frage auseinandergesetzt und zunächst eine eigene Infrastruktur erwogen. Mit Blick auf die Finanzierungsproblematik (freiwillige Leistungen) sei man aber nach Beratungen mit Experten zum Ergebnis gekommen, diesen Aufbau den privaten Betreibern / Investoren zu überlassen. Die beiden bestehenden Ladepunkte befänden sich im Eigentum der EVM, entsprächen nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik und würden meist zweckentfremdend genutzt. Gerne werde man den privaten Betreibern die Wünsche und Anregungen der Politik weitergeben, aber derzeit werde von deren Seite ein Bedarf nicht gesehen. Die E-Bikes verfügten meist über ausreichende Akkukapazitäten und die Radfahrer könnten dann im Anschluss zu Hause oder in den Unterkünften (Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, Campingplätzen u.a.) oder auch während eines Restaurantbesuchs diese an der Steckdose wieder aufladen.

Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, die Ausgestaltung der Ladestationen an verschiedenen stark frequentierten Punkten im Rahmen der BUGA 2029 neu zu überdenken.

Der Vorsitzende sagt zu, die Anregungen bei der weiteren Beratung zur Konzeption in den städtischen Gremien mit aufzunehmen.

- Hinsichtlich der Thematik „Reduzierung des Flächenverbrauchs durch neue Flächennutzungsplanung“ wird seitens den Umweltausschuss folgende Textänderung auf Seite 23 letzter Absatz (Ü 8.1) vorgeschlagen: „...Eine Zusammenarbeit der Stadt mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz zur Bearbeitung des Themas **wird angeregt**.“ Die Ausweisung von Freiflächen für Solarenergie und Windräder müsse vorangetrieben werden und die bisher langwierigen Verfahren dazu müssten beschleunigt werden. Sonst ginge die Schere zwischen dem was der Bund an Klimazielen erreichen wolle und dem was in den Kommunen vor Ort passiere zu weit auseinander. Zudem seien zwei Investoren bekannt, die in Koblenz Projekte umsetzen wollten.

Oberbürgermeister Langner verweist auf die Beratungen in den Gremiensitzungen der EVM, wo man sich mit der Freiflächenproblematik beschäftigt habe. Natürlich werde man den Wunsch der Politik auf zügige Umsetzung gerne aufnehmen, aber auf der bisherigen Basis sei dies eine sehr langwierige Prozedur, auch wenn es aktuell von Seiten der Bundespolitik Bestrebungen gebe, diese Verfahren zu beschleunigen.

Auch wird aus der Mitte des Ausschusses eine kombinierte Nutzung von Flächen mit Solarenergie und Landwirtschaft ins Gespräch gebracht, denn Module neuerer Bauart ließen diese Möglichkeit mittlerweile zu. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Wasserkraft zu ökologischen Folgen für die betroffenen Gewässer führt. Aktuell bezieht die Stadt Koblenz den überwiegenden Teil des Strommixes aus Wasserkraft. Es wurde angeregt hier zukünftig Strom aus anderen erneuerbaren Erzeugungswegen zu nutzen.

- Ein Ausschussmitglied appelliert, den „Fachbeitrag erneuerbare Energien“ im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes von Seiten der Verwaltung nun aktiv anzugehen.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) verdeutlicht, dass dies Aufgabe der Bauleitplanung bei Amt 61 wäre und sagt zu, sich dort über den Sachstand zu erkundigen und diese Informationen zum Protokoll nachzureichen.

- Im Ausschuss wird die Frage nach den Zahlen zu Energieverbräuchen der Flussschifffahrt aufgeworfen und eine Aufteilung der Binnenschifffahrt nach Frachtschiffen (gewerbliche Nutzung) oder Personenbeförderung (Tourismus) vorzunehmen – auch mit Blick auf die BUGA-Planungen.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) weist darauf hin, die extern gelieferten Zahlen für die Binnenschifffahrt insgesamt seien der Unterrichtungsvorlage zu entnehmen. Ob eine weitere Aufschlüsselung möglich wäre, müsse geklärt werden.

- Es wird ferner aus der Mitte des Ausschusses zum Punkt ÖKOPROFIT (Seite 31) nach den Zahlen der Teilnehmer der Veranstaltungen gefragt und ob es zutreffend sei, dass es letztes Jahr keinen Vertreter aus Koblenz gegeben habe.
- Herr Mader (Amt 36) sagt zu, diese Informationen zum Protokoll nachzureichen.

Anmerkung zu Protokoll:

Aktuell gibt es keine Teilnehmer aus Koblenz. Die vormals aktiven (Hochschule, Studierendenwerk) sind in der Corona-Zeit abgesprungen. Im kommenden Jahr soll eine neue Runde starten, man bemühe sich hier auch wieder Teilnehmer aus dem Stadtgebiet zu gewinnen.

- Zu der auf Seite 41 genannten „Modernisierung und Einführung eines klimaschonenden städtischen Fuhrparks“ wird vom Ausschuss bezweifelt, dass im Jahr 2021 keine Mitarbeiter ausgeschieden oder zu anderen Ämtern gewechselt und damit keine freien Parkplätze entstanden und zurückgegeben worden seien. Zudem sollten z.B. außerhalb des Betriebshofes des EB 70 weitere Kapazitäten zum Parken und Laden von E-Fahrzeugen geprüft werden. Man denke da z.B. an ehemalige Flächen der Deutschen Bahn AG im Umfeld.

Oberbürgermeister Langner führt aus, das neue Konzept befinde sich in der Umsetzung und es würden vermehrt städtische E-Fahrzeuge in Betrieb genommen und damit solle der Anteil der privat genutzten PKW schrittweise reduziert werden. Er gibt aber zu bedenken, dass man den städtischen Mitarbeitern nicht einfach ihre Parkplätze wegnehmen könne, da diese teilweise aus ländlichen Gebieten aufs Auto angewiesen seien, um überhaupt zur Arbeit zu kommen. Die Debatte hinsichtlich Reduzierung von Mitarbeiterparkflächen gestalte sich regelmäßig sehr emotional und sei kein einfaches Thema für die Verwaltung. Zudem habe man im laufenden Jahr die Parkgebühren angehoben, um Anstöße zum Umstieg zu erzielen.

- Zum Thema ÖPNV-Zuschuss für städtische Bedienstete (Seite 42) und Jobticket (Seite 47) wird der Anteil der ÖPNV-Nutzer in Bezug zur Gesamtmitarbeiterzahl und die Festlegung eines Zielwertes diskutiert. Nach Meinung einiger Ausschussmitglieder müsse der Anteil der ÖPNV-Nutzer deutlich ausgebaut und die Nutzung von Privatautos reduziert werden. Auch solle durch das Anbieten von „Jobrädern“ im Rahmen eines „Leasingmodells“ durch die Stadt die Attraktivität der verstärkten Nutzung von Fahrrädern gefördert werden.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) verweist auf den in der Vorlage genannten Zielwert von 212 Jobticket-Nutzern (siehe Seite 47). Ferner gibt sie zu bedenken, dass viele der in Koblenz wohnenden Mitarbeiter nicht den ÖPNV nutzen, weil sie die Wegstrecken zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auch Rollern zurücklegen würden. Dies dürfe bei den Zahlenvergleichen nicht vergessen werden.

Oberbürgermeister Langner berichtet zur Möglichkeit des „Fahrrad-Leasing“ über den Arbeitgeber, der Personalrat habe bisher gegen ein solches Modell zum Schutz der Mitarbeiter votiert, da durch diese Finanzierungsmodelle im Rahmen der Gehaltsabrechnung im Rentenalter Nachteile entstehen könnten, weil sich das zu versteuernde Einkommen reduziere. Wie auf Seite 47 zu lesen sei, gewähre die Verwaltung aber zukünftig zinslose Darlehen für den Kauf von privaten E-Bikes. Er könne jedoch gerne in die Beratungen mit dem Personalrat mitnehmen, dass von Seiten des Ausschusses die Anregung erfolgte, das Angebot auszubauen und die Mitarbeiter im Rahmen der Selbstverantwortung in eigenem Ermessen entscheiden zu lassen, ob sie eventuelle zukünftige Verschlechterungen in finanzieller Sicht in Kauf nehmen wollten.

Es besteht Einigkeit im Ausschuss darüber, dass der Rad- und ÖPNV-Verkehr in Zukunft gestärkt werden solle.

- Bezüglich der auf Seite 62 erwähnten (Trink-)Brunnen möchte ein Ausschussmitglied über den Verbleib des gespendeten Trinkbrunnens im Bereich „Altlöhrtor“, der im Rahmen der Umbaumaßnahmen entfernt wurde, informiert werden. Die Verwaltung sagt zu, den Verbleib zu klären.
- Anlässlich der Begründung von Fahrgastunterständen (Seite 60) wird aus der Mitte des Ausschusses an die Verwaltung appelliert, sich in den Verhandlungen nachdrücklich für den Erhalt der bestehenden Wartehäuschen einzusetzen. Die Neuerrichtung stelle einen intensiveren Eingriff dar, als die alten Strukturen zu erhalten und auszubauen.

Oberbürgermeister Langner erläutert, der Vertrag mit dem bisherigen Betreiber (awk Außenwerbung GmbH) laufe zum Ende des Jahres 2022 aus und die KOVEB solle diese Aufgabe zukünftig übernehmen. Diese sei aber wiederum verpflichtet, die Bushaltestellen barrierefrei zu bauen und so würden in den nächsten Jahren Haltestellen neugestaltet werden müssen.

- Im Zusammenhang mit einer klimafreundlichen Grünstruktur in Stadtgebiet und der Befliegung mit Drohnen wird aus der Mitte des Ausschusses die Problematik „Schottergärten“ angesprochen und inwieweit diese durch die Kommunen verboten werden könnten.

Die Verwaltung gibt hierbei zu bedenken, dass die Kontrolle der tatsächlichen Versiegelung der Flächen durch die Bauaufsicht erfolgen müsste und hierfür derzeit die personellen Kapazitäten nicht ausreichen. Es gebe neben bereits bestehenden Verboten in einigen Bebauungsplänen zudem schon Initiativen zur Umwandlung von Schottergärten seitens der Stadt und man habe die Möglichkeit bei neuen Bebauungsplänen für die Zukunft entsprechende Regelungen zu treffen. Für bestehende Nutzungen werde dies in der Praxis rückwirkend schwierig zu verbieten sein.

- Zur Thematik „Umwandlung von Überhangflächen auf Friedhöfen in ökologisch wertvolle Angebote“ äußert Oberbürgermeister Langner, durch den Wandel in den Bestattungsformen von der Erdbestattung hin zur Urnenbestattung ginge bei vielen Friedhöfen im Stadtgebiet der Flächenverbrauch stetig zurück. Diese freiwerdenden Flächen sollten naturnah gestaltet werden. Er bittet in der Vorlage auf Seite 64 zum Sachstand im zweiten Satz den Begriff „neuen“ vor den Belegungsflächen zu streichen.
- Herr Mader (Amt 36) erläutert auf Anfrage aus der Mitte des Ausschusses, dass grundsätzlich nicht nur Firmen, sondern auch Privatpersonen die Möglichkeit hätten, an regionales Saatgut zu kommen. Allerdings übersteige die Nachfrage auf Grund einer zurückliegenden Neuregelung des §40 BNatSchG zur Ausbringung von Regiosaat- und ebensolchem Pflanzgut derzeit deutlich das Angebot und auf Grund der hohen Auslastung würden teilweise die Betriebe bevorzugt beliefert.
- Ebenfalls wird Seitens des Ausschusses darum gebeten, die „Thermografie-Rundgänge für naturnahe Gärten und Fassadenbegrünung“ in der Bevölkerung mehr bekannt zu machen und so den Blick auf die Thematik zu lenken. Auch sollten noch Beispiele für begrünte Carports aufgenommen werden, um die Möglichkeiten plastisch zu erläutern.

Zudem sollten die Begrünungsmaßnahmen auch auf die Firmengelände im Industriegebiet ausgedehnt werden und an die Gewerbetreibenden appelliert werden, ihren Beitrag mit mehr Grün statt Beton zu leisten.

Oberbürgermeister Langner erklärt, diesen Aspekt werde man gerne in das Konzept aufnehmen, jedoch könne die Stadt auf Grund der strikten Haushaltsbeschränkungen im Bereich freiwillige Leistungen nur wenige finanzielle Anreize für Firmen und Privatleute schaffen. Zudem müssten z.B. bei Baumstandorten auch immer entsprechende Abstandsflächen eingehalten werden, die sich nicht immer in der Örtlichkeit umsetzen ließen.